

Landkreis Stade  
Abt. Sicherheit, Ordnung und Migration  
Am Sande 2  
21682 Stade

**Antragstellung als gesetzliche/r Vertreter/in  
(Sie beantragen die Namensänderung ausschließlich für eine andere Person)**

**Antrag auf Änderung des/der**

- Vornamen(s)**                       **Familiennamens**

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Namensänderungsgesetz – NamÄndG) vom 26.03.2021 (BGBl. I, S. 738) mit späteren Änderungen, in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndVwV) vom 11.08.1980 mit späteren Änderungen

Ich/Wir stelle/n den Antrag für eine andere Person. Ich/Wir vertrete/n diese als:

- Sorgeberechtigte/r Elternteil (einer minderjährigen Person)  
 Vormund (einer minderjährigen Person)  
 Pfleger/in (einer minderjährigen Person)  
 Betreuer/in

**Folgendes bitte in Druckschrift ausfüllen**

**Angaben zu den gesetzlichen Vertretern,  
d.h. zu allen Sorgeberechtigten / Vormündern / Pflegern / Betreuern  
(nicht zur Person, deren Name geändert werden soll)**

Vor- und Familienname	Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
Telefon- /Handynummer	E-Mail
Vor- und Familienname	Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
Telefon-/Handynummer	E-Mail

**I. Antrag**

Es wird beantragt, den / die Namen .....  
in den / die Namen .....  
zu ändern.

## II. Angaben zur Person, deren Name geändert werden soll

Name (sämtliche Vornamen, Familiennamen, ggf. Geburtsname)
Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers
Geburtstag, Geburtsort, Standesamt, Geburtenregisternummer
<input type="checkbox"/> geschäftsfähig <input type="checkbox"/> beschränkt geschäftsfähig <input type="checkbox"/> nicht geschäftsfähig
Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
Wohnsitze in den letzten 5 Jahren vor Antragstellung
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/> andere Staatsangehörigkeit _____
Besonderer Status <input type="checkbox"/> staatenlos <input type="checkbox"/> ausländischer Flüchtling <input type="checkbox"/> heimatlose/r Ausländer/in <input type="checkbox"/> asylberechtigt
Nur auszufüllen, wenn Sie den Antrag für eine minderjährige Person stellen: Kind wurde ehelich geboren <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> aufgehobene Lebenspartnerschaft
Ehe/Lebenspartnerschaft (Eheschließungstag und -ort/Tag des Eintrags der Lebenspartnerschaft und -ort, Registrierungsdaten)
Kind/er (Nur auszufüllen, wenn die Person, die Sie vertreten, minderjährige Kinder hat) Name, Anschrift, Staatsangehörigkeit, Familienstand:
Ehefrau/-mann bzw. eingetragene/r Lebenspartner/in (Nur auszufüllen, wenn die Person, die Sie vertreten, verheiratet ist/war oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt/lebte) Name, Anschrift, Staatsangehörigkeit:

**III. Begründung des Antrages**

*(Angabe des Grundes, der die Namensänderung rechtfertigen soll, Fortsetzung ggfs. auf besonderem Blatt)*

--

**IV. Nicht (mehr) sorgeberechtigte Elternteile eines Minderjährigen, Stiefeltern, Pflegeeltern, Pfleger, Jugendamt** *(anzuhörende/r Beteiligte/r, Nr. 60 i.V.m. Nr. 9 - 12 u. 18 Abs. 1 Buchst. d NamÄndVwV)*

Name, Anschrift	(Verwandschafts-) Verhältnis zur Person, deren Name geändert werden soll	Stellungnahme angefügt
		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

## V. Gebühren

Mir/Uns ist bekannt, dass für die Bewilligung, die Zurücknahme und die Ablehnung des Antrags eine Verwaltungsgebühr erhoben wird. Die Höhe der Gebühr wird nach dem mit der Bearbeitung verbundenen Aufwand festgesetzt. Der Gebührenrahmen ist durch Rechtsvorschriften der Länder festgelegt. Für die Durchführung der Änderung eines Vornamens besteht ein Gebührenrahmen von 30 Euro bis 500 Euro und für die Änderung eines Familiennamens von 30 Euro bis 1.500 Euro.

## VI. Erklärung

- Ich/Wir versichere/versichern, dass ein Antrag auf Namensänderung noch nicht gestellt worden ist
- Ein Antrag auf Namensänderung wurde am: \_\_\_\_\_

bei folgender Behörde gestellt: \_\_\_\_\_

Der Antrag wurde  genehmigt  abgelehnt  zurückgenommen.

## VII. Richtigkeit der Angaben und Mitteilungspflichten

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit meiner/unserer Angaben. Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung der Namensänderung führen können. Während des Namensänderungsverfahrens habe/haben ich/wir der Namensänderungsbehörde eintretende Änderungen zur Person, z.B. des Familienstandes, der Anschrift oder einer evtl. Namensänderung nach dem BGB, unaufgefordert mitzuteilen.

## VII. Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit dem Antrag auf öffentlich-rechtliche Namensänderung

Der Antrag auf Namensänderung kann nur bearbeitet werden, wenn das Formblatt „Datenschutzhinweise [Bearbeitung eines Antrags auf öffentlich-rechtliche Namensänderung aufgrund nachfolgender Einwilligung] Information gemäß Art. 13 DS-GVO (Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person)“ unterschrieben beigefügt ist und ich/wir der Verarbeitung meiner/unserer personenbezogenen Daten zugestimmt habe/n.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

Unterschrift(en):

\_\_\_\_\_  
des Antragstellers / der Antragstellerin

\_\_\_\_\_  
ggf. der Ehefrau / des Ehemannes /  
eingetragener Lebenspartner/in /  
des anderen sorgeberechtigten Elternteils

**Angaben, Nachweise nach Nr. 17 NamÄndVwV  
(Regelmäßig vom Antragsteller/von der Antragstellerin/ von den Antragstellern zu beschaffen)**

- Angabe des Grundes, der die Änderung des Familiennamens rechtfertigen soll;
- Angaben über die minderjährigen Kinder (Nummer 8 Abs. 1 NamÄndVwV); soll sich die Änderung des Familiennamens nicht auf eines oder mehrere dieser Kinder erstrecken, Angabe der Gründe hierfür;
- Nachweis, dass der Antragsteller / die Antragsteller(in) zu dem in Nummer 2 NamÄndVwV genannten Personenkreis gehört; hierfür genügt
  - aa) **bei Deutschen**  
in der Regel eine Bescheinigung der Meldebehörde, der Personalausweis oder der Reisepass; hat die Verwaltungsbehörde Zweifel, ob der Antragsteller Deutscher ist, so hat sie die zur Behebung der Zweifel erforderlichen Auskünfte einzuholen oder einen Staatsangehörigkeitsausweis oder einen Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher zu verlangen;
  - bb) **bei Staatenlosen**  
der Reiseausweis nach Artikel 28 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen (BGBl. 1976 II S. 473) oder ein Eintrag der Ausländerbehörde im Paß oder Paßersatz;
  - cc) **bei heimatlosen Ausländern und bei Asylberechtigten**  
ein Eintrag der Ausländerbehörde im Paß oder Paßersatz;
  - dd) **bei ausländischen Flüchtlingen**  
der Reiseausweis nach Artikel 28 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559);
  - ee) **bei Ausländern im Sinne der Nummer 2 Abs. 2 Satz 2 NamÄndVwV**  
die amtliche Bescheinigung nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980 (BGBl. I S. 1057);
- Nachweis des Wohnsitzes; ist der Antragsteller im Geltungsbereich des Gesetzes wohnhaft, so genügt in der Regel eine Bescheinigung der für die Wohnung des Antragstellers zuständigen Meldebehörde, bei mehreren Wohnungen der Meldebehörde der Hauptwohnung; ferner Angabe, wo der Antragsteller in den letzten fünf Jahren vor der Antragstellung einen Wohnsitz, bei Fehlen eines solchen einen Aufenthaltsort oder eine gewerbliche Niederlassung gehabt hat;
- beglaubigte aktuelle Auszüge aus dem Geburtseintrag des Antragstellers und aller Personen, auf die sich die Änderung des Namens erstrecken soll (erfolgte die Geburt im Ausland mit deutscher Übersetzung); war oder ist der Antragsteller verheiratet, so ist außer dem beglaubigten aktuellen Auszug seines Geburtseintrags auch ein beglaubigter Auszug aus dem Heiratseintrag zu verlangen (erfolgte die Eheschließung im Ausland mit deutscher Übersetzung der Eheurkunde). Ist die Beschaffung der erforderlichen Urkunden nicht oder nur mit erheblichen Schwierigkeiten oder unverhältnismäßig hohen Kosten möglich, so kann die Verwaltungsbehörde sich mit der Vorlage kirchlicher oder anderer beweiskräftiger Bescheinigungen begnügen;
- Nachweis über Besitz des Sorgerechts (z. B. Eheurkunde, Sorgerechtsbeschluss nach Ehescheidung, Sorgeerklärung, gerichtliche Bescheinigung für Vormund, Pfleger);
- für Personen, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben, ein Führungszeugnis nach § 28 des Bundeszentralregistergesetzes;
- wenn der Antrag für eine beschränkt geschäftsfähige oder geschäftsunfähige Person durch einen Vormund oder Pfleger gestellt wird, die nach Nummer 7 Abs. 1 NamÄndVwV erforderliche Genehmigung des Familiengerichts;
- wenn der Antrag für einen beschränkt Geschäftsfähigen, der das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, gestellt wird, einen Nachweis über das Ergebnis der familiengerichtlichen Anhörung (Nummer 7 Abs. 2 NamÄndVwV);
- eine Erklärung darüber, ob der Antragsteller schon einmal einen Antrag auf Änderung des Familiennamens gestellt hat. Ist dies der Fall, so sind auch die Verwaltungsbehörde, bei der der frühere Antrag gestellt wurde, sowie die von dieser getroffene Entscheidung anzugeben;
- Aktuellen Einkommensnachweis/aktuellen Bescheid über Leistungen nach SGB (soweit dies für die Gebührenfestsetzung erforderlich ist)

**Weitere Unterlagen werden bei Bedarf einzelfallbezogen nachgefordert.**

**Nachweise nach Nr. 18 NamÄndVwV  
(Von der Verwaltungsbehörde zu beschaffen)**

- Auskunft der zuständigen Polizeidienststelle (bei über 14 Jahre alten Personen)
- Ggfs. Staatsanwaltschaft (sofern dort Erkenntnisse vorliegen sind)
- Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis (bei volljährigen Personen)
- Stellungnahme des zuständigen Jugendamtes bei (Stief-/Pflege-)Kindern
- Stellungnahme der Beteiligten nach Nr. 9-12 NamÄndVwV
- Ggfs. Auskunft des Standesbeamten des Standesamts I in Berlin

**Stellungnahme Gemeindeverwaltung**

Behörde: Sachbearbeiter/in \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_  
Az. (sofern vorhanden) \_\_\_\_\_

Die unter II. genannte Person ist seit \_\_\_\_\_ unter der ebenfalls in II. genannten Anschrift gemeldet / seit \_\_\_\_\_ unter folgender Anschrift \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ gemeldet.

Gegen die Namensänderung bestehen  keine Bedenken  folgende Bedenken

Ort, Datum

Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_